

## **Impulsreferat von MdB Hubertus Zdebel**

**Fraktion DIE LINKE. im Bundestag**

**Sprecher für den Atomausstieg**

**Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,

ich darf Sie im Namen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag herzlich zu unserer heutigen Fachtagung zum Thema „Ausstieg aus der Braunkohle in NRW“ begrüßen. Ich freue mich, dass es uns LINKEN gelungen ist, diese Veranstaltung gemeinsam auf lokaler, regionaler und Bundesebene in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW vorzubereiten und durchzuführen.

Mehr Klimaschutz und Ausstieg aus der Braunkohle in NRW. Das bedeutet auch einen massiven Strukturwandel in der Region. Wie kann das sozial und ökologisch erreicht werden? Mit diesem Thema wollen wir LINKEN uns auf unserer heutigen Fachtagung ausführlich beschäftigen und uns mit GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von Umweltverbänden und KlimaaktivistInnen austauschen.

Die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels vom vergangenen Dezember hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks als „historischen Erfolg“ bezeichnet. Zu Tränen gerührt waren die Delegierten, als Frankreichs Außenminister Laurent Fabius auf der Abschlusskonferenz einen „historischen Moment“ besiegelte. Zwar tauchte das entscheidende Wörtchen „Dekarbonisierung“ in den Abschlusspapieren nicht mehr auf, dennoch wurde auf der Konferenz betont, dass die fossilen Energieträger angesichts der Herausforderungen des Klimawandels nicht zukunftsfähig seien. Im Überschwang der Gefühle schien allerdings für einen Augenblick vergessen, dass die Hauptaufgabe erst noch bevorsteht. Und so ist es in der Tat kein Geheimnis, dass die Energiewende auch in Deutschland nur äußerst schleppend vorankommt. Im Zuge des moderaten Konjunkturaufschwungs nach der Finanzkrise ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland sogar erneut gestiegen; dabei sieht der Plan der Bundesregierung eine Reduktion der Emissionen um 40 Prozent bis 2020 vor. Die Klimaproteste in Garzweiler und in der Lausitz haben die Dringlichkeit, aber auch die Versäumnisse der herrschenden Politik beeindruckend deutlich gemacht.

Aus klimapolitischer Perspektive kommt Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselrolle in der Energiewende zu. Im Rheinischen Revier wird etwa die Hälfte der deutschlandweiten Braunkohleförderung erbracht. Die Braunkohleverstromung ist vergleichsweise billig, hat aber die deutlich schlechteste Klimabilanz aller Energieerzeugungsarten gemessen am CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Zugleich bildet die Braunkohleindustrie einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für NRW und mit ihr sind viele tausende Arbeitsplätze verbunden.

Das macht den Kohleausstieg auch für DIE LINKE zu einem komplizierten Unterfangen. Auf den ersten Blick stehen sich zwei widersprechende Interessen gegenüber, die beide vollkommen berechtigt sind: der Erhalt von Arbeitsplätzen und der Schutz des Klimas. Vereinbar scheinen sie erst einmal nicht miteinander zu sein. Entweder die Arbeitsplätze und damit auch der klimaschädliche Kohleabbau bleiben noch länger erhalten, oder der Ausstieg wird umgesetzt und die Jobs gehen damit nach und nach verloren. Klar ist natürlich, dass wir als LINKE nicht einseitig Partei ergreifen wollen. Es reicht jedoch nicht aus, von Sozialverträglichkeit bloß in Form von Lippenbekenntnissen zu reden, wie es die etablierten Parteien tun. Die Frage ist, was im Einzelnen dahintersteckt.

In NRW wird der Braunkohlebergbau von RWE betrieben. Der Konzern, der jahrzehntelang Milliarden geschneidelt hat, macht seit einiger Zeit Schlagzeilen dadurch, dass er die Energiewende völlig verpennt hat und die Kosten des Atomausstiegs auf die Allgemeinheit abwälzen will. Doch nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für die Ewigkeitskosten der Atomkraft wurden von RWE vernachlässigt, sondern auch die ‚finanzielle Vorsorge im Braunkohlebereich‘ wurde sträflich missachtet, wie eine vor kurzem erschienene gleichnamige Studie des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft und des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) im Auftrag von Klimaallianz Deutschland, dem BUND, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ergab. Danach sind die Berechnungen der Folgekosten des Braunkohleausstiegs und die finanziellen Rückstellungen der Konzerne völlig intransparent. Die Finanzmittel sind zudem nicht real zurückgelegt, sondern die Konzerne dürften sie völlig frei verwenden. Die Braunkohlekonzerne können sich also ganz leicht aus der Verantwortung stehlen. Dann bleiben die Bürgerinnen und Bürger auf den dauerhaften Folgekosten der Braunkohle sitzen.

Im Klartext: Sowohl mit Atomkraft als auch mit der Braunkohleförderung wurden jahrelang die Gewinne privatisiert, die massiven externen Umwelt- und Gesundheitskosten sollen nun aber sozialisiert werden. Das gilt nicht nur für RWE, sondern für alle Atom- und Braunkohlekonzerne. Deshalb fordert DIE LINKE, dass die finanziellen Mittel zur Beseitigung der Folgeschäden der Braunkohletagebaue bei RWE, aber auch bei Vattenfall und MIBRAG, umgehend in einem öffentlich-rechtlichen Fonds gesichert werden müssen!

Damit nicht genug: Der aufgrund des Atomausstiegs und der momentan niedrigen Strompreise in massive finanzielle Schieflage geratene RWE-Konzern versucht nun, die Kosten der Energiewende auf die Belegschaft abzuwälzen. Durch der IG BCE wurde bekannt, dass die Konzernleitung in der aktuellen RWE-Tarifrunde von den Beschäftigten die Zustimmung zu einer 25-prozentigen Einkommensreduktion verlangt. Vorgesehen sind die Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, die Streichung vermögenswirksamer Leistungen und die Kürzung von Zulagen. Diese Erpressungsversuche sind absolut inakzeptabel, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Solidarität gehört den betroffenen, in ihrer Existenz bedrohten Beschäftigten und ihren Familien!

Auch daran wird deutlich, dass ein durch die Politik kontrollierter und möglichst rascher Kohleausstieg unausweichlich ist. Ein unkontrollierter Kohleausstieg findet nämlich längst statt. In den Chefetagen der Konzerne zerbricht man sich eifrig den Kopf über die Frage, wie

die nicht mehr lukrativen Unternehmenszweige abgespalten werden können, sodass die Kosten im Falle einer Pleite auf die Allgemeinheit zurückfallen.

Ziel der LINKEN ist ein geordneter Kohleausstieg, der auf einem gesetzlichen und sozial flankierten Abschaltplan mit Restlaufzeiten für die Kraftwerksblöcke basiert. Darüber hinaus braucht eine Region wie das Rheinische Revier ein Konzept für einen Strukturwandel, der sozial und ökologisch verträglich ist. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf das Elf-Punkte-Papier zum Kohlekonsens hinweisen, das von der Denkfabrik Agora Energiewende ins Spiel gebracht wurde. Dieses Papier bietet einige interessante Anhaltspunkte, die in der LINKEN diskutiert und aufgegriffen werden. Wir werden heute sicher noch auf den einen oder anderen Aspekt zu sprechen kommen.

Fest steht: Der Kohleausstieg wird kommen. Ob er chaotisch über die Beschäftigten und die Braunkohleregionen hereinbricht oder ob er kontrolliert eingeleitet wird, hängt von der politischen Steuerung ab. Dazu bedarf es insbesondere im Rheinischen Braunkohlerevier eines Konzepts für einen Strukturwandel, der sozial und ökologisch verträglich ist.

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Steuerung scheint mir auch bei den etablierten Parteien zu reifen. Fraglich bleibt, was sie unter Sozialverträglichkeit verstehen. Union, SPD und Grüne standen in den letzten Jahren stets für Sozialabbau und Wirtschaftsfreundlichkeit.

Für mich ist sonnenklar: Hier muss DIE LINKE Gegenakzente setzen und gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Umweltverbänden und KlimaaktivistInnen Druck erzeugen, dass der Strukturwandel eine merkliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen mit sich bringt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir heute Ansätze für eine kohlefreie Zukunft in NRW vorstellen, diskutieren und dokumentieren.

Ich freue mich auf eine spannende Diskussion!